



TECHNISCHE UNIVERSITÄT CHEMNITZ

„Demographische Veränderungen – Lernen aus dem Stadtumbau Ost“

von

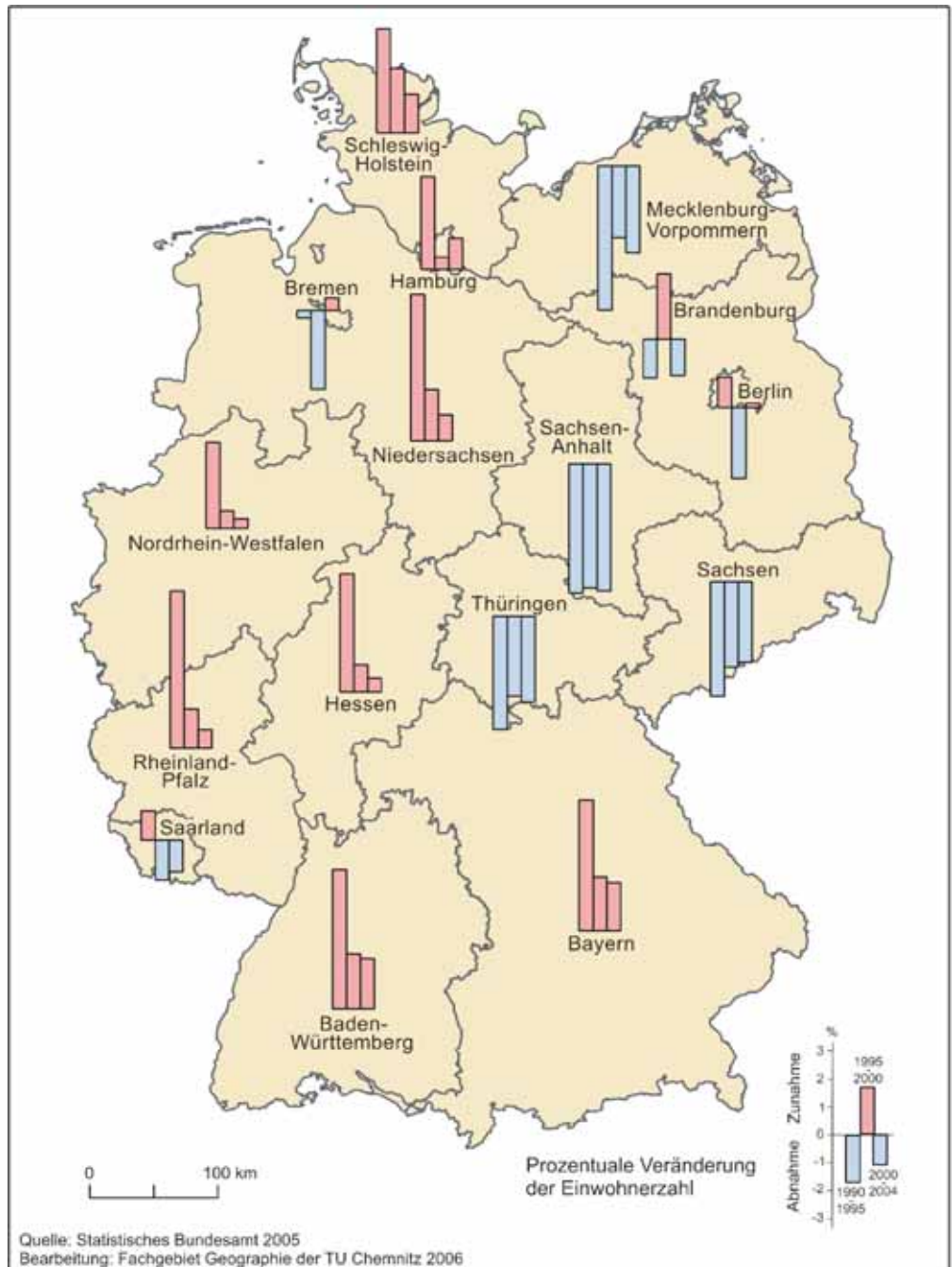
Prof. Dr. Peter Jurczek

– Professur für Sozial- und Wirtschaftsgeographie –

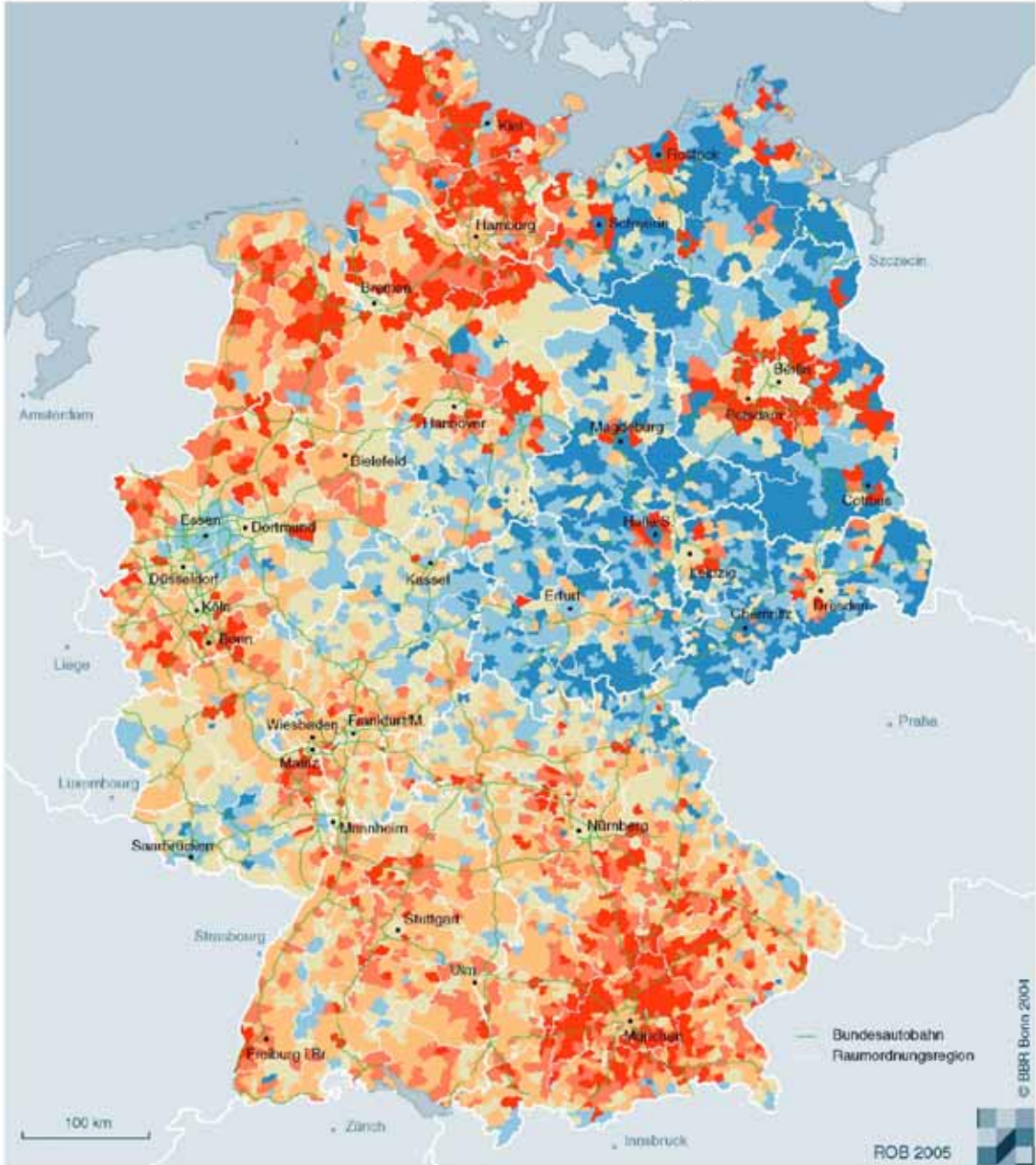
Reutlingen, 9. Mai 2006

A) Demographische Veränderungen in der Bundesrepublik Deutschland

Entwicklung der Einwohnerzahl in der Bundesrepublik von 1990 bis 2002 (in %)



Aktuelle Bevölkerungsentwicklung



Quelle: BBR (2005): Raumordnungsbericht 2005. Berichte Bd. 21. Bonn. Seite 31

Bevölkerungsentwicklung in Sachsen

Reale Entwicklung 1990-2003:

1990:	4.775.914 Einwohner	
2003:	4.321.200 Einwohner	
1990 - 2003:	- 454.714 Einwohner	- 9,5 %

Prognose:

2015:	3.856.300 Einwohner	
2020:	3.688.100 Einwohner	
2003 - 2015:	- 464.000 Einwohner	-10,8 %
2003 - 2020:	- 633.000 Einwohner	-14,7 %

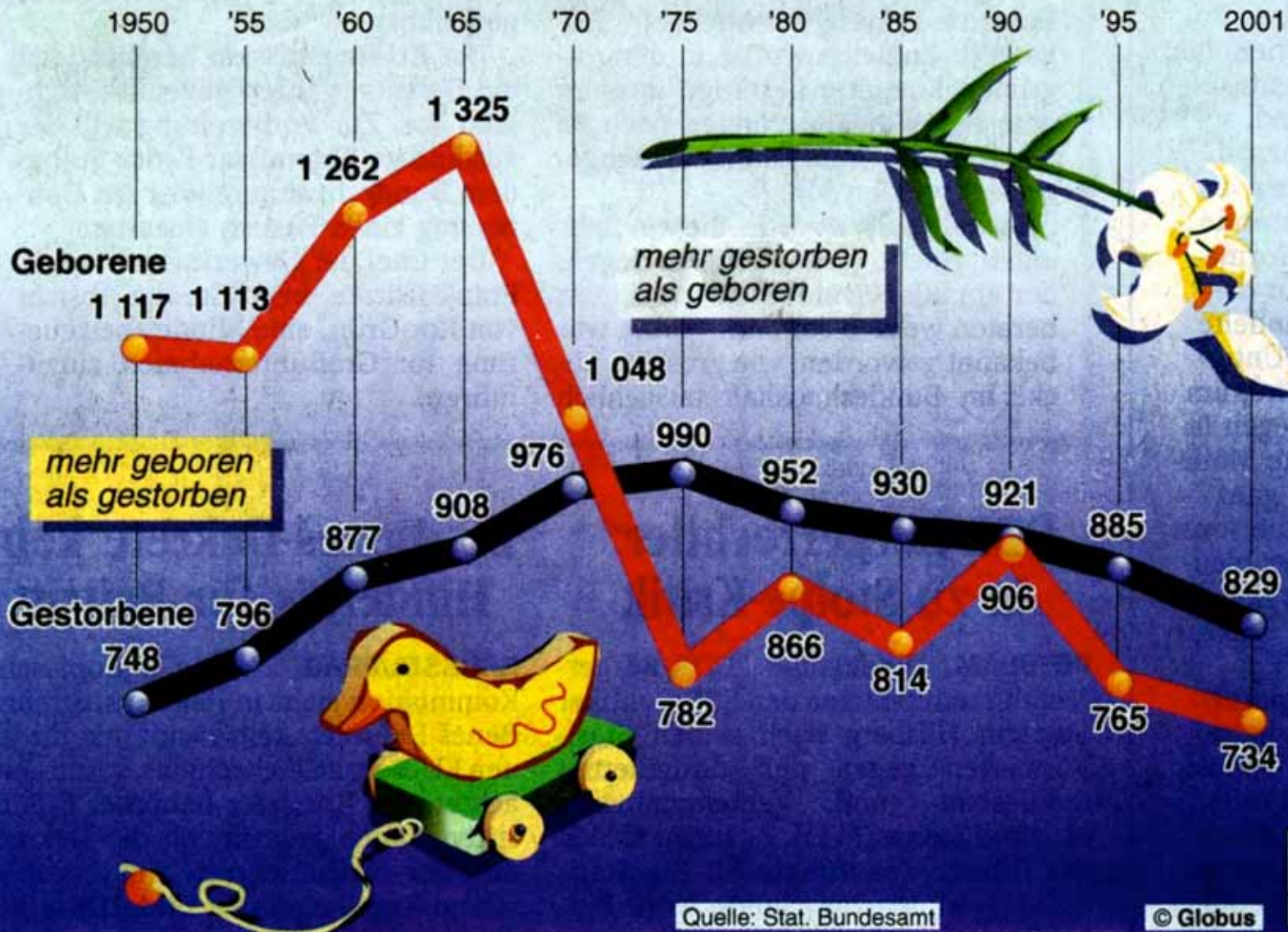
Insgesamt:

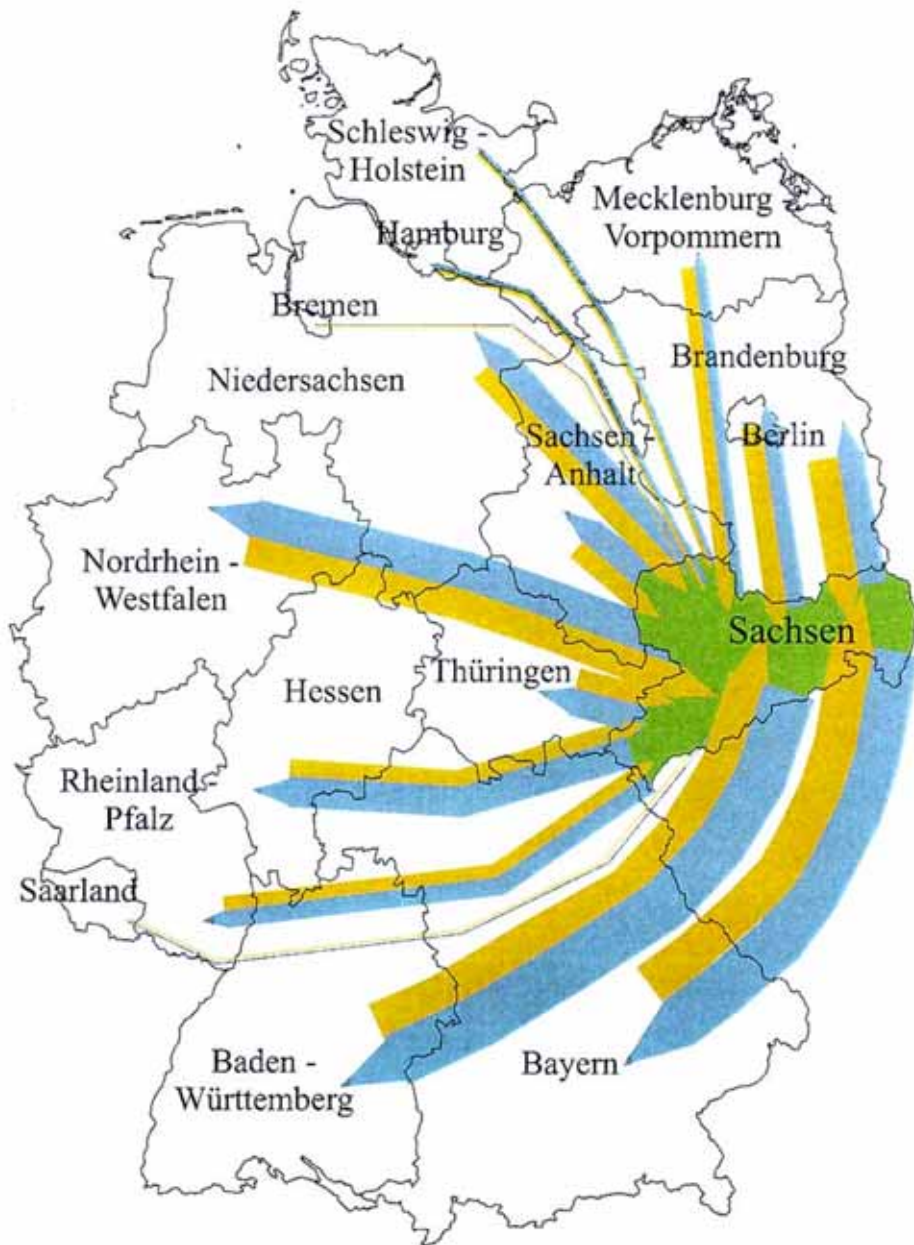
1990 - 2015:	- 919.614 Einwohner	-19,3 %
1990 - 2020:	-1.087.814 Einwohner	-22,8 %

Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Der Lauf des Lebens

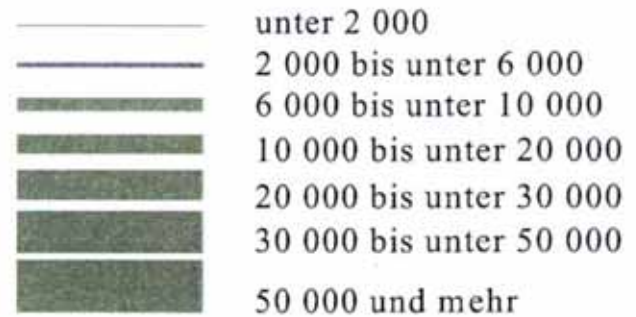
Zahl der Lebendgeborenen und Gestorbenen in Deutschland in 1 000





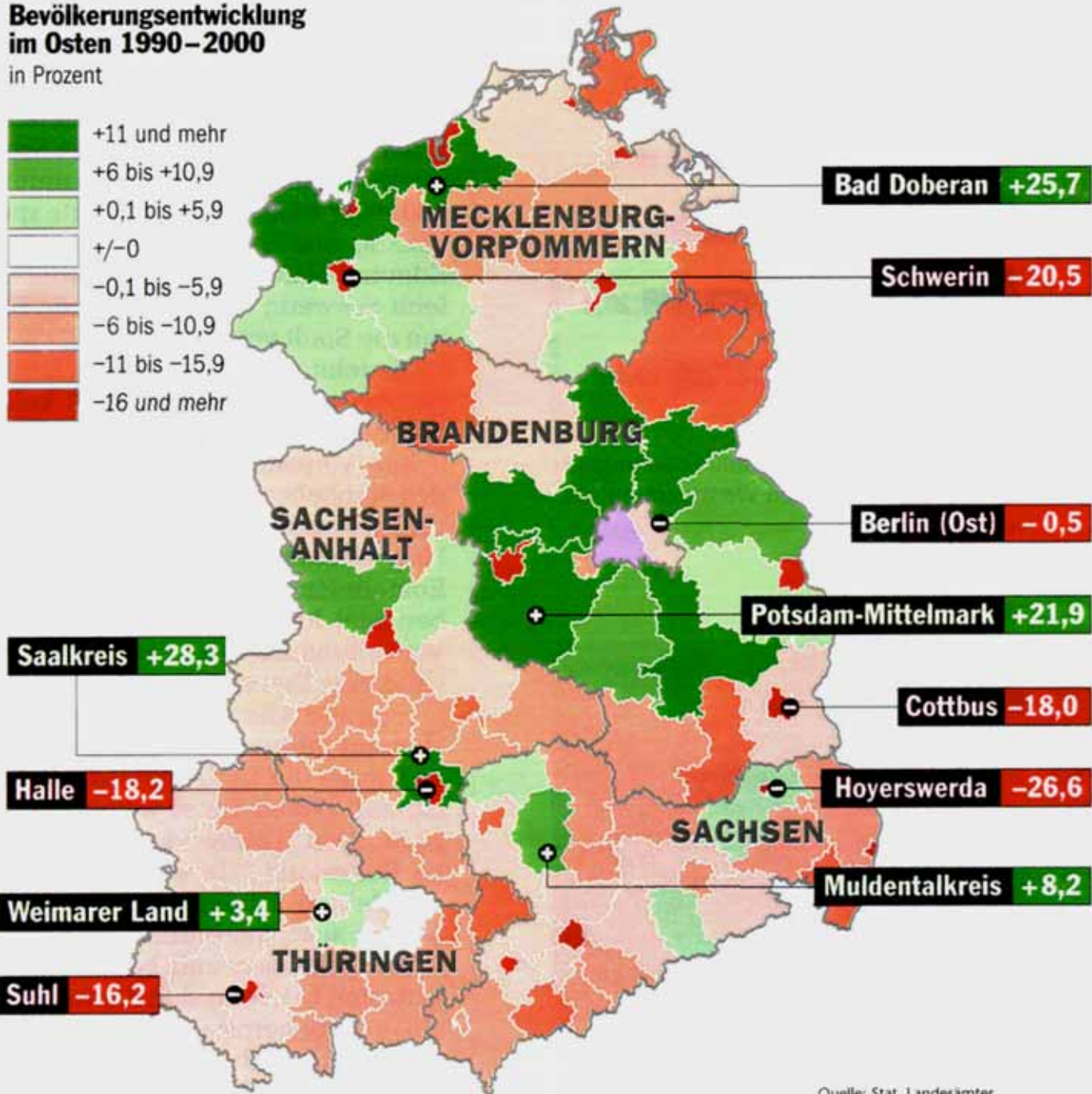
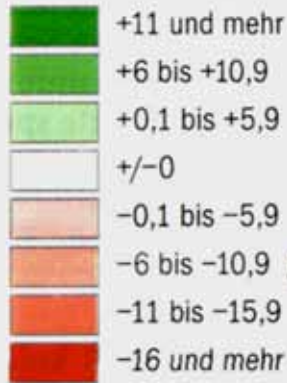
Zu- bzw. Fortzüge über die Landesgrenze 1991-1996

 Wegzüge
 Zuzüge

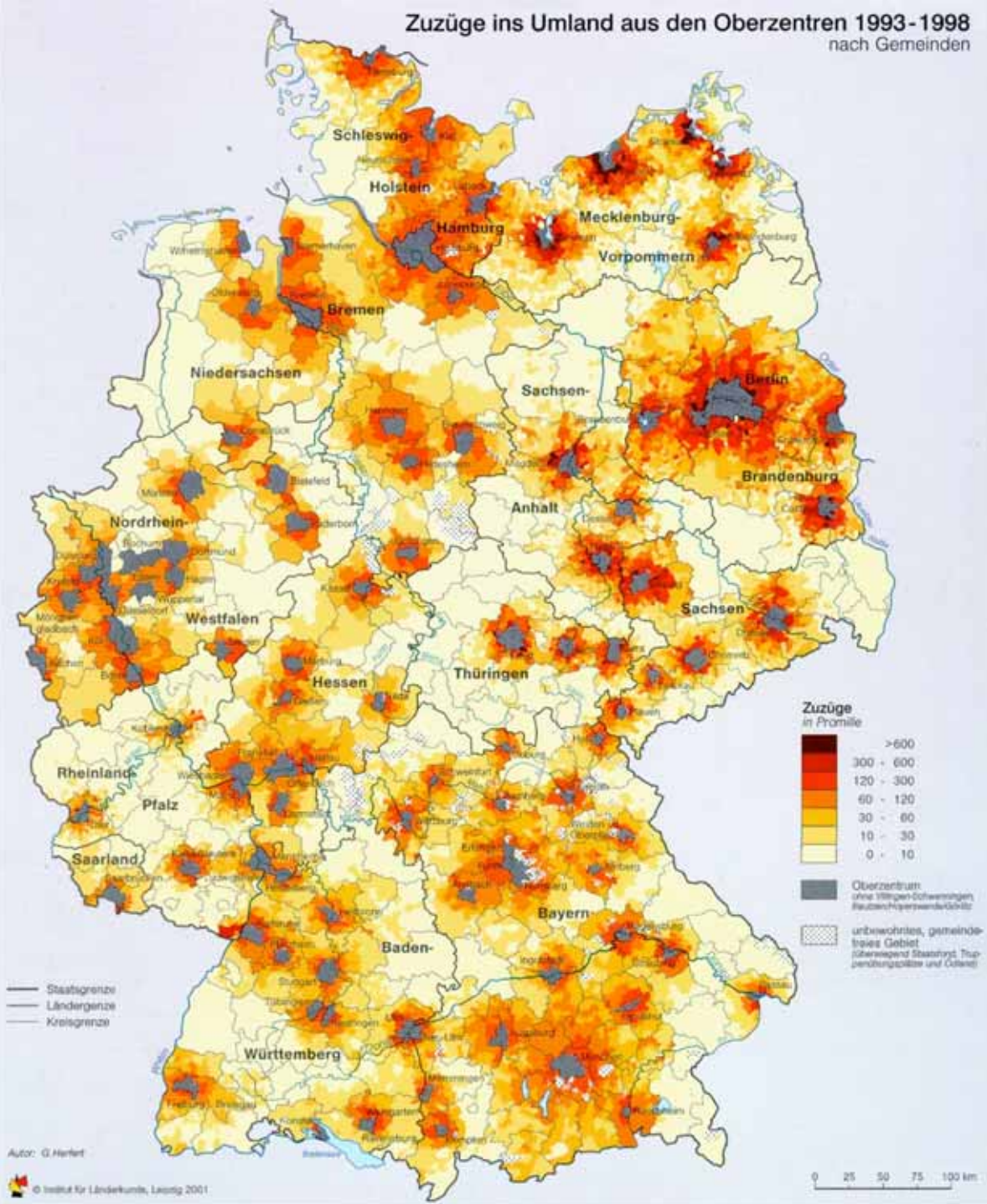


Bevölkerungsentwicklung im Osten 1990–2000

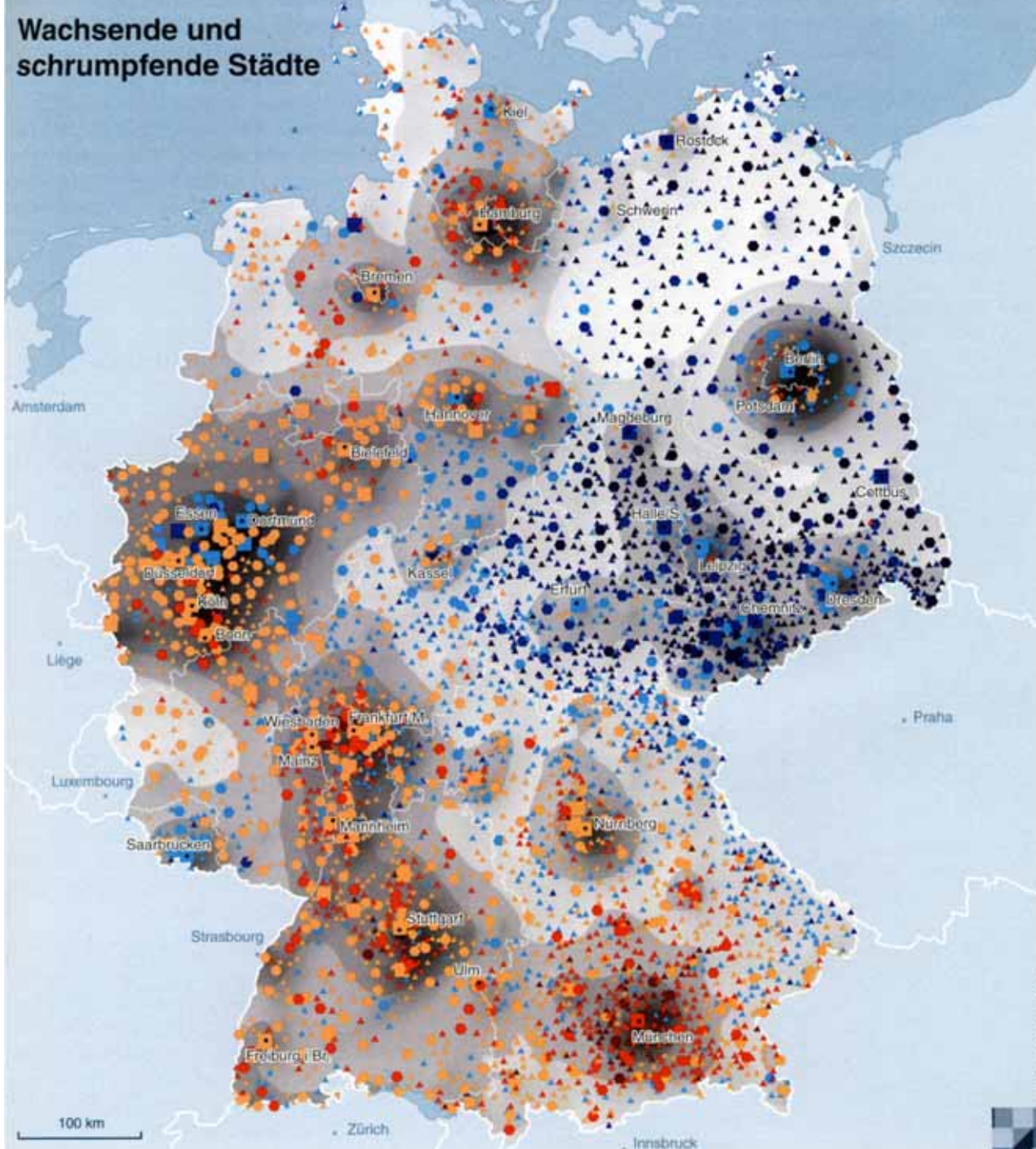
in Prozent



Zuzüge ins Umland aus den Oberzentren 1993-1998 nach Gemeinden



Wachsende und schrumpfende Städte



Schrumpfung



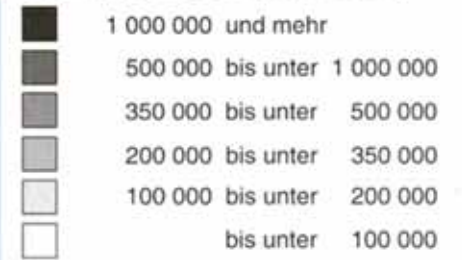
Wachstum

Stadt- / Gemeindetyp



Regionales Bevölkerungspotenzial

Erreichte Bevölkerung im Umkreis mit Radius 100 km, distanzgewichtet (unter Einbeziehung der Bereiche im grenznahen Ausland)



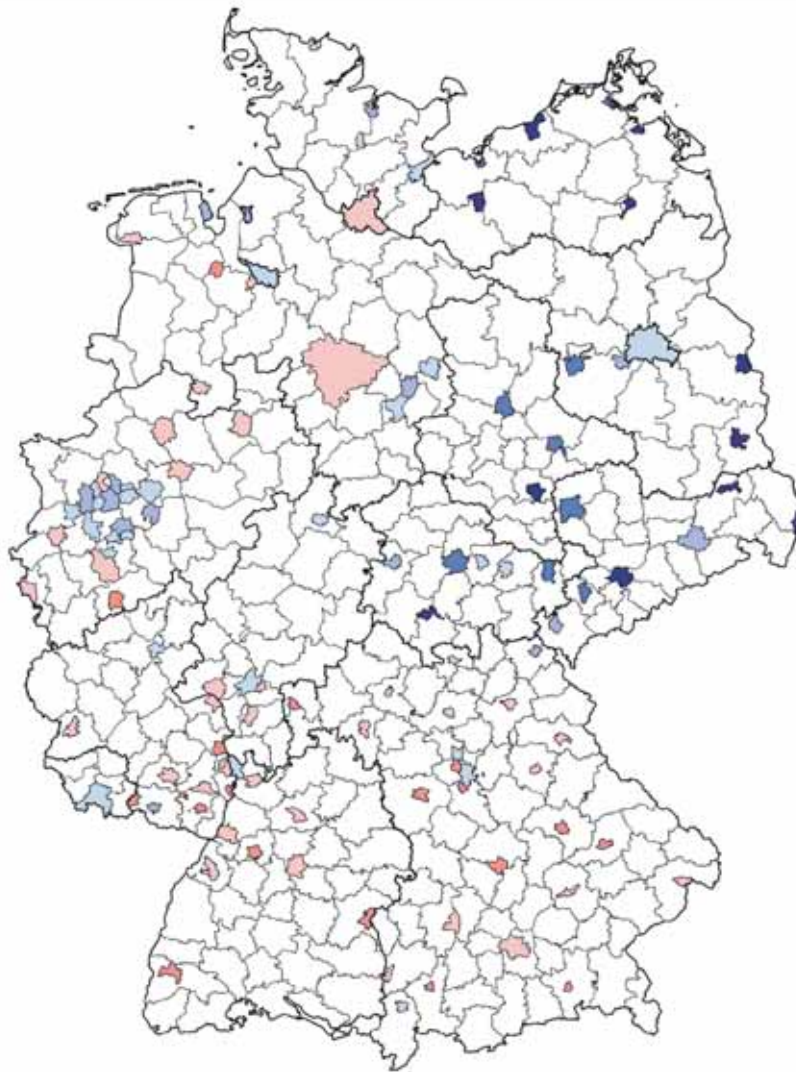
Einbezogene Strukturindikatoren

- Bevölkerungsentwicklung 1997 bis 2002
 - Gesamtwanderungssaldo 1999 bis 2001
 - Arbeitsplatzentwicklung 1997 bis 2002
 - Arbeitslosenquote 2000/2001
 - Realsteuerkraft 2000/2001
 - Kaufkraft 2002
- Anmerkung: Es werden nur schrumpfende oder wachsende Städte/Gemeinden mit Indikatorenwerten im unteren bzw. oberen Quintil dargestellt.

© BBR Bonn 2004



100 km

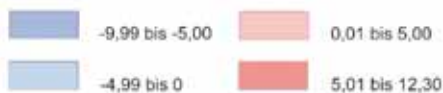


Bevölkerungsentwicklung von 1990 bis 2002 (in %)

Abnahme:



Zunahme:



Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, INKAR 2004
 Bearbeitung: Fachgebiet Geographie der TU Chemnitz 2006

Bevölkerungsentwicklung in den kreisfreien Städten der Bundesrepublik Deutschland von 1990 bis 2002 (in %)

Bevölkerungsentwicklung sowie deren Folgen und daraus resultierende Handlungsbedarfe

www.tu-chemnitz.de/phil/geographie/download/krao2.pdf

- Bestandsaufnahme (Struktur und Entwicklung)
- Auswirkungen (reale und potenzielle)
- Maßnahmenbereiche (Gegenstrategien)

Arbeitslosenquoten im Dezember 2005 in %

(Vorjahreswerte in Klammern)

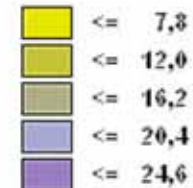
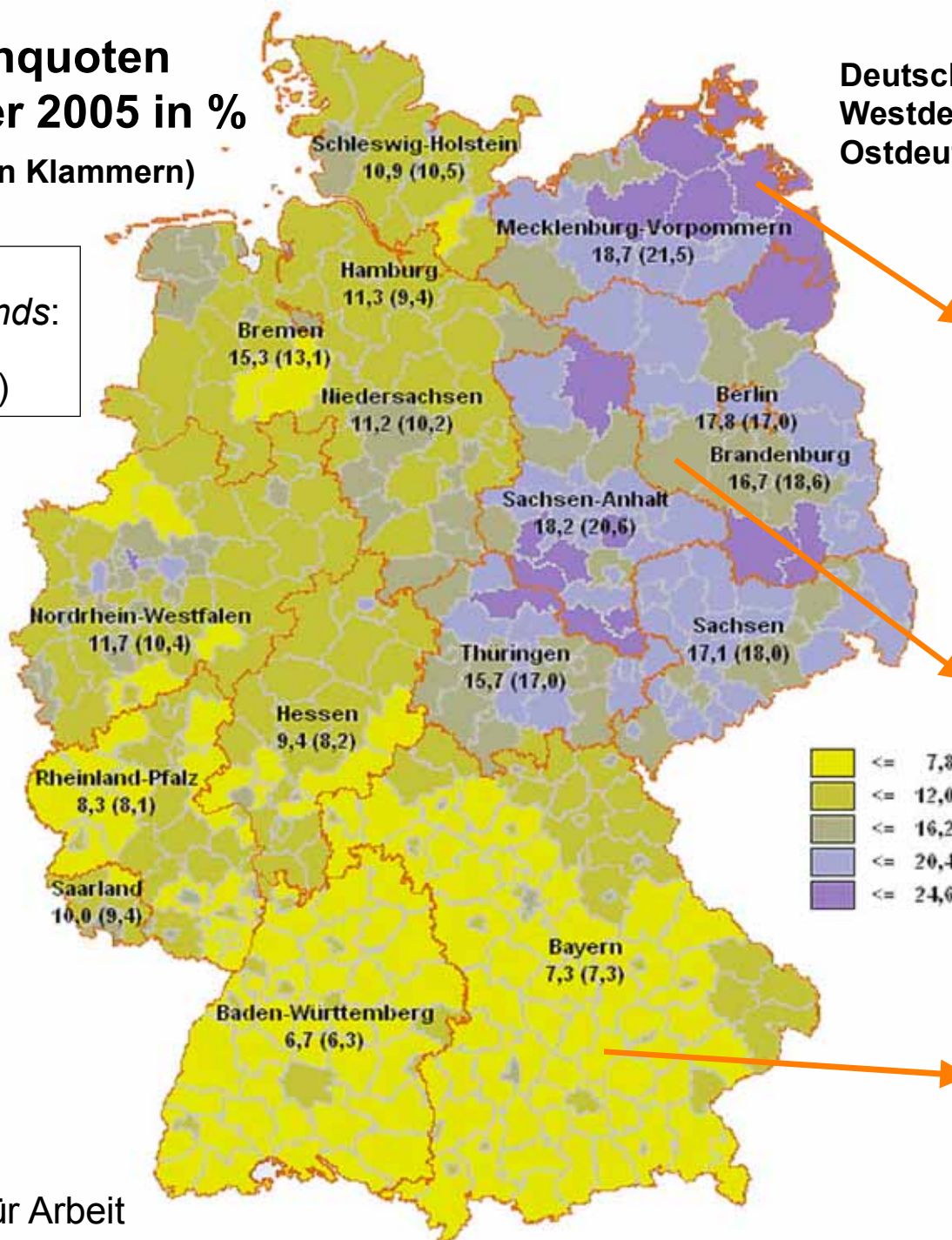
Deutschland	11,1 (10,8)
Westdeutschland	9,5 (8,7)
Ostdeutschland	17,3 (18,5)

Höchste Quote
Westdeutschlands:
20,8 Prozent
(Gelsenkirchen)

Höchste Quote:
24,6 Prozent
(Ostvorpommern)

Niedrigste Quote
Ostdeutschlands:
14,2 Prozent
(Potsd.-Mittelmark)








Niedrigste Quote:
3,6 Prozent
(Freising)



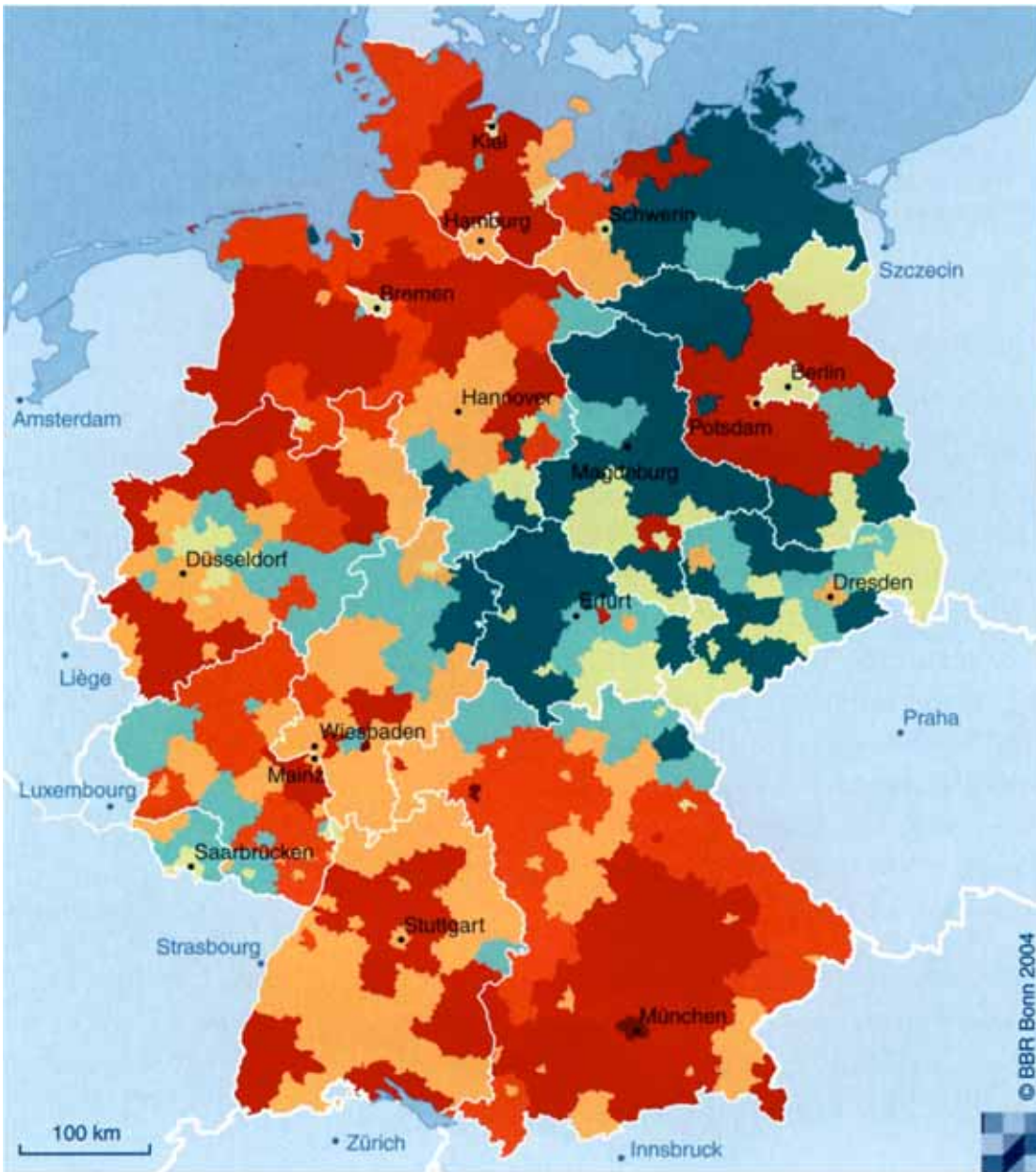
Regionale Wohnungsmarktentwicklung

Bevölkerungsentwicklung und Entwicklung des Wohnflächenangebotes 1998 bis 2002

Regionen mit Tendenz zu

-  deutlichen Angebotsüberhängen
-  Angebotsüberhängen
-  Stagnation
-  geringer Bevölkerungszunahme bei schwacher Angebotsentwicklung
-  dynamischer Nachfrage- und Angebotsentwicklung
-  sehr dynamischer Nachfrage- und Angebotsentwicklung
-  Nachfrageüberhängen

Kreise, Stand 31. 12. 2001



B) Lernen aus dem „Stadtumbau Ost“

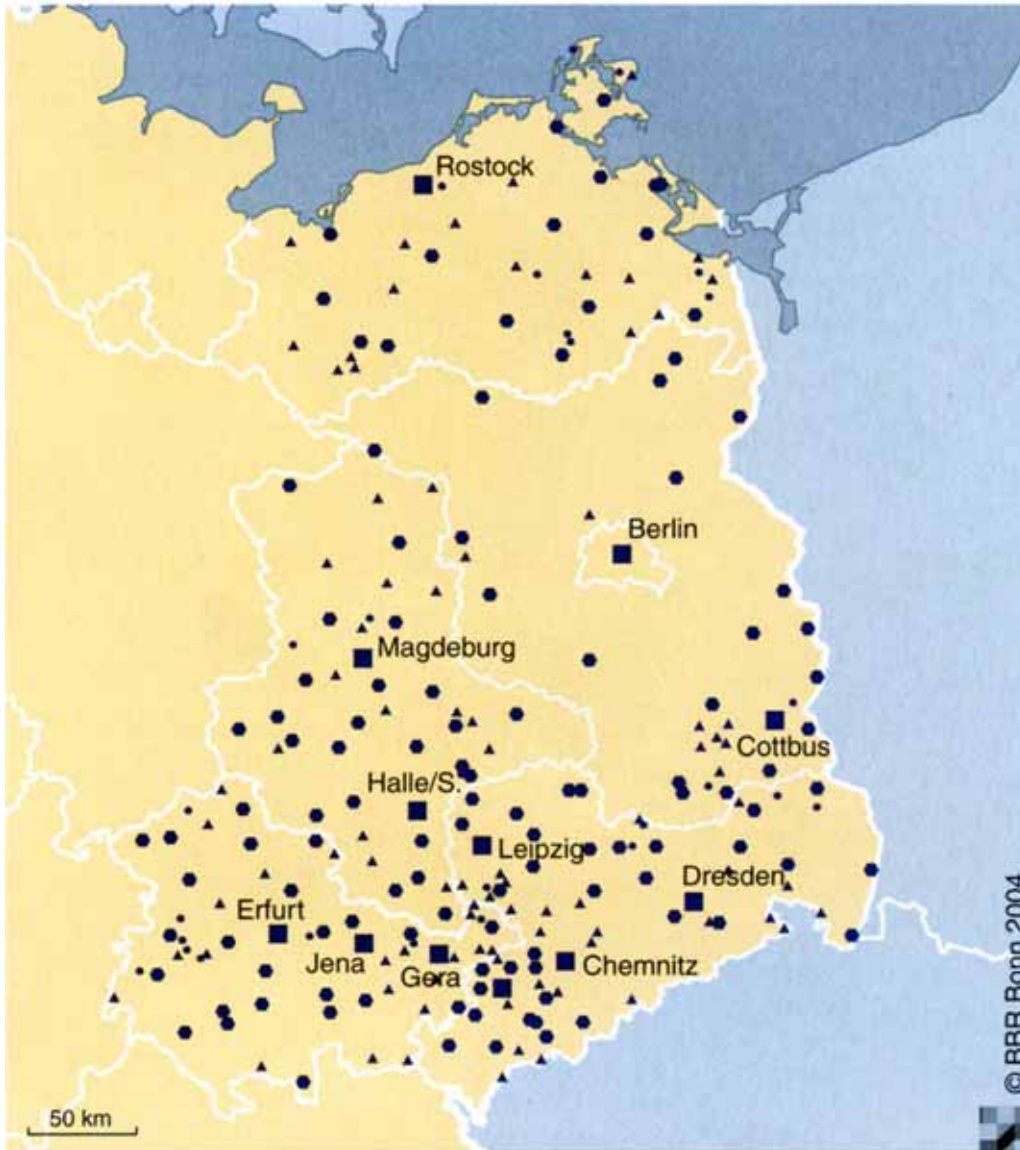
1. Qualitätsvoller Um- und Rückbau benötigt und induziert Investitionen gleichermaßen

- Trotz Stadtumbaus, bei dem primär Rückbau bzw. Abriss assoziiert wird, darf man sich nicht der Illusion hingeben, dass damit alles getan wäre.
- So brauchen attraktive, „umgebaute Städte“ weiterhin hochwertige Infrastruktur, wobei deren Kosten wegen der sinkenden Bevölkerungszahl eher ansteigen dürften.
- Das Förderprogramm „Stadtumbau Ost“ sieht sowohl Mittel für Rückbau und Abriss als auch für Sanierung und Umbau vor.
- Die Mittelverteilung konzentrierte sich zu Förderbeginn auf Wohnungsrückbau und -abriss, was sich jedoch zunehmend zu Gunsten von Sanierungs- und Umbaumaßnahmen ändert.
- Voraussetzung für eine Förderung ist die Erstellung eines „Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes“.
- Die geforderten Investitionen dürften sich lohnen: attraktive Städte ziehen Aufmerksamkeit auf sich; auch die neuer Investoren.

Stadtumbau Ost

Gemeinden in laufender Förderung Stadtumbau Ost,
Programmjahr 2004, nach Stadt-/Gemeindetyp

- Großstadt
- Mittelstadt
- ▲ Kleinstadt
- Landgemeinde





Quelle: B. Köppen

2. Kooperation und Beteiligung tatsächlich praktizieren

- Intensive Zusammenarbeit der vom Stadtumbau betroffenen Akteure sowie sinnvolle interkommunale Kooperation werden stets angemahnt, aber (zu) selten praktiziert.
- Tragfähige Lösungen sind nur im Konsens mit den Betroffenen, das heißt den Wohnungseigentümern und Mietern, zu realisieren (Stadtumbauvertrag).
- Auf der regionalen und lokalen Ebene sind mehr Kommunikation und eine bessere Feinabstimmung erforderlich; beispielsweise was die Ausweisung (bzw. Reduzierung!) von Bauflächen betrifft.
- „Kirchturmpolitik“ aus Gründen des Bestandserhalts ist zwar im Einzelfall nachvollziehbar, langfristig gesehen dürfte sie jedoch nicht von Vorteil sein.

3. Rückbau von Außen nach Innen

- Um das gemeinhin als positiv bewertete Merkmal der „Dichte“ zu bewahren, sollte sich ein Rückbau zunächst von Außen nach Innen orientieren.
- Dabei sind die Erfordernisse der technischen Infrastruktur zu beachten. Kommt es zum Abriss, so sollte dieser die wesentlichen Ver- und Entsorgungslinien berücksichtigen.
- Ebenso ist ein „flächenhaftes“ Vorgehen städtebaulich günstiger als „vereinzelte“ Maßnahmen.
- Weiterhin sollten identitätsstiftende städtebauliche Dominanten bewahrt werden. Dabei handelt es sich nicht unbedingt um „schöne“ oder wertvolle, sondern vielmehr um signifikante Bauwerke oder Ensembles.
- Um herauszufinden, welche Objekte hierunter fallen, erscheinen eine angemessene Bürgerbeteiligung und kreative Kommunikations-verfahren sehr hilfreich.

4. Altbauquartiere nicht vernachlässigen

- Hohe Leerstandszahlen beschränken sich keineswegs auf die sog. „Plattenbaugebiete“. Insbesondere die am Cityrand gelegenen Altbauquartiere des 19. und frühen 20. Jahrhunderts weisen einen hohen Wohnungsleerstand vor allem in unsanierten Gebäuden auf.
- Dort ist jedoch ein unkomplizierter Um- und Rückbau wegen der vorherrschenden Eigentumsverhältnisse (Privateigentümer, Erbengemeinschaften) meistens schwer zu realisieren.
- Die hohe Wertschätzung der vorhandenen Architektur bedingt stellenweise eine geringere Akzeptanz etwaiger Abrissentscheidungen.
- Bedingt durch die innenstadtnahe Lage ist in vielen Altbauquartieren ein sinnvoller Rückbau häufig schwer möglich, da unerwünschte Baulücken entstehen könnten.



Quelle: B. Köppen



Quelle:
Adrian Sauer 2003

5. Innovation statt Resignation

- Damit der Umbau nicht zum resignativen Rückzug gerät, bedarf es „Schwung“ und innovativer Konzepte.
- Der Stadtumbau bietet durch die mittlerweile bestehende Sensibilisierung von Politik und Öffentlichkeit recht günstige Voraussetzungen für die Realisierung neuer Ansätze.
- Um auch die vielen kleinen Immobilienbesitzer „ins Boot“ zu holen, sollten die bürokratischen Hürden für deren aktives Engagement beim Stadtumbau (z.B. der Fördermittelvergabe) auf ein Mindestmaß reduziert werden.
- Schließlich müssen noch mehr Aktivitäten entwickelt werden, um das Image und die Akzeptanz des Stadtumbaus weiter zu verbessern.
- Nicht zuletzt ist mittlerweile das Förderprogramm „Stadtumbau West“ aufgelegt worden, das zunehmend nachgefragt wird.

6. Geduld – Erfolge sind nicht kurzfristig messbar

- Flexible Planungen mit entsprechenden architektonischen Lösungen sollten stärker berücksichtigt werden als bisher.
- Die Bedeutung von Kultur- und Bildungseinrichtungen für das Image einer Stadt ist nicht zu unterschätzen. Dabei tragen häufig auch alternative Angebote (z.B. Musikfestivals für Jugendliche) zu einer positiven Wahrnehmung bei.
- Außerdem wirkt sich der Erfahrungsaustausch mit anderen Städten in der Regel positiv aus, genauso wie die Teilnahme an Wettbewerben bzw. Förderprogrammen stets wohlwollend zu prüfen ist.
- Und schließlich: die eigene Stadt und die Heimatregion sind positiv darzustellen. Dabei geht es nicht um plumpe Agitation, welche die Schwächen negiert und die Stärken überzeichnet. Dennoch ist es notwendig, sich stets seiner Stärken zu besinnen und diese entsprechend zu nutzen.

C) Fazit für die Stadtbibliotheken

1. Stetige Anpassung der Angebote an die potenziellen Nutzer:
tendenziell:
 - a) ältere Personen („Überalterung“)
 - b) zunehmend „Umlandbewohner“ („Bevölkerungssuburbanisierung“)
 - c) besser Ausgebildete (Steigerung der Abiturientenzahlen)
 - d) differenzierte Ansprüche (Zeitgeist)
2. Erstellung und laufende Fortschreibung eines städtischen Bibliotheksentwicklungsplanes
3. Erarbeitung eines nachhaltigen Leitbilds und eines optimalen Zielerreichungssystems
4. Gewährleistung einer flächendeckenden Bibliotheksversorgung mit einer komplex ausgestatteten Zentrale und mehreren bedarfsgerecht eingerichteten Teilstandorten in verschiedenen Stadtteilen

5. Akquirierung von Fördergeldern, insbesondere auch der Europäischen Kommission
6. Optimale Vernetzung aller in einer Kommune vorhandenen Bibliotheken (z.B. Stadtbibliothek, Universitätsbibliothek, Fachbibliothek von staatlichen Einrichtungen, Kirchen u.s.w.) → Ziel: Synergieeffekte (Angebotsverbesserung + Kosteneinsparung)
 - a) gemeinsame Nutzung elektronischer Inventarisierung- und Ausleihsysteme
 - b) Gemeinsame Organisation der Einkäufe
 - c) Vorhalten eines aktuellen differenzierten Angebotes für verschiedene Altersgruppen, Sozialschichten u.s.w.
 - d) Gewährleistung stets moderner, hoch entwickelter (elektronischer) Nutzersysteme
 - e) Abstimmung der Beschaffung von Print- und sonstigen Medien untereinander

7. Durchführung regelmäßiger Nutzerbefragungen zur Gewinnung von Meinungsbildern und Verbesserungsvorschlägen
8. Realisierung eines aktiven Benchmarkings sowie eines kontinuierlichen Gedankenaustausches der städtischen Bibliothekare untereinander und mit externen Fachleuten aus den verschiedenen Bereichen
9. Unterstützung kommunalpolitischer Bemühungen, die jeweiligen Umlandgemeinden an den Kosten der Bibliotheken angemessen zu beteiligen
10. Sanierung und Nutzung historisch bedeutsamer Gebäude im Falle zusätzlichen Raumbedarfes bzw. eines erforderlichen Standortwechsels



Quelle: Pressestelle der TU Chemnitz 2004